Einzelpreis 10 Pfg • Jahrgang 2 | Montag, den 31. März 1919 | Nummer 153 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 2,50 M., bei Zustellung unter Streifband 4,50 M. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 60 Pf., „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Teuerungszuschlag 50 %. Bei Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.
Fernsprecher: Amt Norden 9768.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ein neuer Schlag gegen die Arbeiterräte.

Ernst Däumig verhaftet!

Genosse Ernst Däumig, der bekannte Vertreter der Berliner Arbeiterräte ist gestern morgen ½8 Uhr auf Veranlassung des Untersuchungsrichters verhaftet worden.

Der Fall Ledebour soll zu seiner Verhaftung Anlaß gegeben haben. Wir wissen bestimmt, daß der Fall Ledebour und alle mit diesem Fall in Verbindung stehenden Vorgänge auch nicht zum mindesten Anlaß zu einem Vorgehen gegen Däumig bietet. Wir wissen bestimmt, daß diese Begründung des Haftbefehls jeder tatsächlichen Unterlage entbehrt. Wenn der Untersuchungsrichter, der den Fall Ledebour bearbeitet, einen solchen Haftbefehl erlassen hat, so muß er einer höheren Weisung gefolgt sein. Dafür werden wir Beweise erbringen.

Wir behaupten weiter, daß Däumig beseitigt werden soll, weil er ein entschiedener Kämpfer für das Rätesystem ist. Am Freitag wurde er als Delegierter zum zweiten Rätekongreß gewählt, am Sonnabend wurde der Haftbefehl erlassen. Offenbar will man ihn schon vor dem Kongreß beseitigen. Das Vorgehen gegen Däumig ist ein neuer Schlag gegen die Arbeiterräte. Man will die Führer beseitigen und glaubt damit die ganze Bewegung langsam zum Absterben zu bringen.

Die Arbeiterschaft kann und wird sich das nicht ruhig gefallen lassen. Vielleicht will man auch die Arbeiterschaft provozieren, um der Noskegarde erneut Arbeit zu verschaffen.

Wir warnen die Arbeiterschaft vor unüberlegten Handlungen.

Es ist zunächst Aufgabe des Vollzugsrates, seine Mitglieder zu schützen und jeden Anschlag auf die Arbeiterräte abzuwehren.

*

Die Verhaftung Däumigs ist nicht nur ein provozierender Gewaltstreich; sie ist auch eine Riesendummheit. Was soll mit diesen fortgesetzten Gewaltmaßnahmen denn eigentlich erreicht werden? Es ist kaum mehr zu verstehen, daß die Führer einer Partei, die gerade durch die Verfolgungen und Drangsalierungen in ihrem Wachstume gefördert worden ist, einmal zur Regierung gelangt, nun dieselben geistlosen Methoden annehmen, gegen die sie sich selbst ein Leben lang zur Wehr setzen mußten!

Gerade die Verhaftung Däumigs aber wird den rechtssozialistischen Führern teuer zu stehen kommen. Denn Däumig ist den Arbeitern weit über die Kreise unserer Partei hinaus bekannt. Sie alle kennen den Fleiß und die Hingebung, mit der er in den schwersten Zeiten des Krieges für die Sache des Proletariats unermüdlich gearbeitet hat, sie wissen, mit welchem Eifer er seither für die Rechte der Arbeiterräte eingetreten ist und sie schätzen auch die Besonnenheit und das Verantwortlichkeitsgefühl, mit dem erfüllt er auch in den erregtesten Tagen der Revolution allzu erregten Stimmungen und übereilten Handlungen entgegengewirkt hat. Gerade dieser Mann wird festgenommen! Er wird verhaftet unmittelbar nach der Wahl zum Rätekongreß, unmittelbar, nachdem ihm die Arbeiterklasse das höchste Amt anvertraut hat, das sie gegenwärtig zu vergeben hat.

Die Delegiertn zum Rätekongreß müssen Immunität besitzen genau so wie die Abgeordneten. Daß die Regierung noch nicht einmal dieses Recht gesetzlich festgelegt hat, ist ein schweres Versäumnis, hindert aber nicht, daß dieses Recht moralisch im Rechtsbewußtsein der Arbeiterklasse fest verankert ist! Die Verhaftung Däumigs ist somit eine flagrante Verletzung des Rechts auf Immunität, das die Vertreter der Arbeiterklasse nicht minder beanspruchen als die Vertreter zur Nationalversammlung!

Man hätte erwarten dürfen, daß die Regierung denn doch etwas Rücksicht auf die Empfindungen und die Rechtsüberzeugung der Arbeiterklasse nehmen würde und hätte deshalb glauben können, daß sie die Forderung auf Haftentlassung Ledebours nach seiner Wahl erfüllen würde. Die Antwort ist die Verhaftung Däumigs!

Gewiß ist eine Provokation, eine Herausforderung, wie sie den Noskes und Heines ähnlich sieht. Aber zugleich eine solche Dummheit, daß man zur Annahme gedrängt ist, sie ist diese von der Offizierkamarilla, die jetzt die wirkliche Macht in Händen hat, aufgenötigt. Denn das müssen selbst die Noske und Heine wissen, daß diese Verhaftung neben all dem anderen wieder Tausenden, die bisher immer noch den rechtssozialistischen Führern gefolgt sind, die Augen öffnen wird. In Scharen werden sie Führer verlassen, die keine anderen politischen Methoden kennen, als die des Sozialistengesetzes und des Belagerungszustandes. Wir haben immer wieder die Aufhebung des Belagerungszustandes gefordert. In der Nationalversammlung, in der preußischen Landesversammlung und in der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben die rechtssozialistischen Fraktionen gegen die Aufhebung gestimmt. Jetzt wissen die Arbeiter, wozu man den Belagerungszustand braucht!

Die Arbeiterklasse wird sich durch diese neue Provokation nicht verführen lassen, den Noske-Garden die Gelegenheiten zu bieten, auf die ihre Führer rechnen. Die Arbeiterschaft kann warten. Sie sieht, wie die Politik der rechtssozialistischen Führer selbst die Aufgabe löst, die allerdings die wichtigste und dringendste ist, diese Führer zu beseitigen. Ihre Reihen wanken, das Vertrauen zu ihnen schwindet bei ihren eigenen Anhängern und weder Tücke noch Gewalt wird sie retten. Der Zahltag kommt!

Die ersten Proteste.

Wir erhalten folgende Resolutionen:

Die am Sonntag, den 30. März 1919, in den Kammersälen, Teltower Straße, von zirka 2000 Personen besuchte Betriebsversammlung des Kabelwerkes Oberspree nimmt mit Entrüstung von der Verhaftung des Genossen Däumig Kenntnis. Diese Verhaftung ist ein Hohn auf den einstimmig gefaßten Beschluß der Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins auf Haftentlassung des Genossen Ledebour. Die Verhaftung des Genossen Däumig beleuchtet blitzartig die angeblich gewährleistete persönliche Freiheit in der sogenannten sozialistischen Republik, in der Mehrheitssozialisten regieren. Wir fordern unbedingt die sofortige Entlassung des Genossen Däumig.

*

Die heute Sonntag, den 30. März 1919, tagende Branchenversammlung der Schmiede Groß-Berlins protestiert aufs schärfste gegen die Verhaftung des Genossen Däumig und fordert die sofortige Freilassung. Die Versammlung erblickt darin eine weitere ernste Maßnahme der Gegenrevolutionäre gegen die Arbeiterräte, die geeignet ist, die Arbeiter zu provozieren. Die Versammlung gelobt, alle Maßnahmen zu unterstützen, die die Freilassung der Genossen Däumig und Ledebour bewirken.

Drohender Generalstreik im Ruhrrevier.

Drahtbericht der „Freiheit".

Die heute in Essen tagende Delegiertenkonferenz der revolutionären Bergarbeiter des gesamten rheinisch-westfälischen Industriegebietes, beschickt mit 475 legitimierten Delegierten, als berufene Vertreterin des Willens der Belegschaften von 195 Schachtanlagen, faßte mit überwältigender Mehrheit (gegen 8 Stimmen) folgenden Beschluß:

„Unter dem Namen „Allgemeine Bergarbeiter-Union" schließen sich sämtliche Bergarbeiter zu einer Organisation zusammen. Ihre Organe sind die Steigerrevierräte, Betriebsräte, Bergrevierräte und der Zentralzechenrat. Der Zentralzechenrat übernimmt die Aufgaben der Neunerkommission. Den alten Organisationen sind sofort die Beiträge zu sperren. Der heute gewählte Zentralzechenrat hat einen Entwurf der neuen Organisation zu entwerfen, der in einer bald einzuberufenden Konferenz den Vertretern der revolutionären Bergarbeiter zur Beschlußfassung vorzulegen ist. Die Konferenz faßte weiter einstimmig den Beschluß, am Dienstag, den 1. April 1919, vormittags 10 Uhr, geschlossen in den Generalstreik einzutreten und die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis folgende Forderungen restlos bewilligt sind:

1. Sofortige Einführung der Sechsstundenschicht mit Ein- und Ausfahrt für Untertagearbeiter unter Beibehaltung des bisher für längere Schichtdauer gezahlten Lohnes;
2. 25 Proz. Lohnerhöhung;
3. Regelung der Knappschaftsfragen;
4. Anerkennung des Rätesystems;
5. Sofortige Durchführung der Hamburger Punkte (betreffend Kommandogewalt);
6. Sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen;
7. Sofortige Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr;
8. Sofortige Auflösung aller Freiwilligenkorps;
9. Sofortige Anknüpfung aller politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der russischen Sowjetregierung;
10. Entwaffnung der Polizei im Industriegebiet und Reich;
11. Bezahlung der Streikschichten."

Die anwesenden Delegierten beschlossen ferner einstimmig:

„Die Konferenz verurteilt auf das schärfste die gemeine und hinterlistige Art und Weise, in der der Bergarbeiterverband den hochverdienten Genossen Karski preisgegeben und der Verfolgung der bürgerlichen Pressemute und der Polizei ausgeliefert hat. Sie bittet im Namen der gesamten Bergarbeiterschaft den Genossen Karski um Verzeihung für das ihm durch den Verband angetane Unrecht und erklärt, daß sie auf den Tag wartet, den Genossen Karski im Triumph zurückholen zu können."

An den Revolutionären Regierenden Rat in Budapest wurde folgendes Telegramm gesandt:

„Die heute in Essen versammelten Vertreter der revolutionären Bergarbeiterschaft von 195 Schachtanlagen im ganzen Rheinland und Westfalen entbieten dem ungarischen Proletariat ihre Brudergrüße. Begeistert von dem Siege ihrer ungarischen Genossen über die fluchbeladene bürgerliche Klassenherrschaft, gelobt sie, nicht eher zu ruhen, bis auch in Preußen-Deutschland alle Feinde der sozialistischen Freiheit überwunden sind. Aller Gewalt zum Trotz, Schulter an Schulter mit ihren ungarischen und russischen Brüdern wird die revolutionäre Bergarbeiterschaft mit allen Mitteln und aller Kraft die Verwirklichung der sozialistischen Räterepublik erzwingen, in der heiligen Ueberzeugung, daß auch die unterdrückten Proletarier aller übrigen Länder ihr Joch zerbrechen werden.

Es lebe das siegreiche ungarische und russische Proletariat!
Es lebe die Weltrevolution!"

Die Verhandlungen über Danzig.

Berlin, 30. März.

Auf die am 28. März in der Frage der Landung polnischer Truppen in Danzig ergangene Antwortnote der deutschen Regierung hat am 29. März Marschall Foch durch seinen Vertreter in Spaa, General Nudant, folgenden Bescheid überreichen lassen:

„Ich habe die Note vom 28. März 1919 dem Marschall, Oberstkommandierenden der alliierten Armeen, übermittelt, der dieselbe den alliierten und assoziierten Regierungen zur Prüfung unterbreitet hat.

Ich habe ganz besonders seine Aufmerksamkeit auf folgenden Satz der fraglichen Note gelenkt: „Die deutsche Regierung kann nach eingehender Prüfung eine Maßnahme (d. h. die Ausschiffung polnischer Truppen in Danzig) nicht verantworten, die ohne Schaffung ausreichender Garantien den Bürgerkrieg im eigenen Land hervorrufen muß."

Der Marschall telegraphierte mir am 29. März folgende Antwort:

„Ich werde persönlich in Spaa alle Auskünfte und alle verlangten Garantien dem deutschen Bevollmächtigten geben, der mit den Vollmachten versehen sein soll, die nötig sind, um in 48 Stunden zu entscheiden. Die Zusammenkunft wird stattfinden am 3. April, es sei denn, daß dies nicht möglich wäre."

Es wird gebeten, sowohl die Antwort der deutschen Regierung als auch den Namen des designierten deutschen Bevollmächtigten raschestens mitzuteilen.

gez. Nudant."

Daraufhin hat die deutsche Regierung am 30. März beschlossen, als Bevollmächtigten zur Entgegennahme aller der von Marschall Foch in Aussicht gestellten Auskünfte und aller der Garantien, welche die deutsche Regierung verlangt, den Vorsitzenden der deutschen Waffen-

stillstandskommission, Reichsminister Erzberger nach Spaa zu entsenden.

Die deutsche Regierung hat diesen Beschluß durch folgende Note zur Kenntnis des Marschalls Foch bringen lassen:

„Das Reichsministerium hat als deutschen Bevollmächtigten den Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission, Reichsminister Erzberger, bestimmt, der am 3. April vormittags in Spaa für die gewünschten Verhandlungen zur Verfügung steht und mit den nötigen Vollmachten versehen ist."

Reichsminister Erzberger wird am Dienstag, den 1. April von Berlin abreisen.

Milderung der Blockade.

Berlin, 29. März.

Der Oberkommandierende der alliierten Armeen Marschall Foch telegraphierte am 28. März an seinen Vertreter General Nudant in Spaa:

„Im Verfolg der der deutschen Regierung bezüglich der Einfuhr von Lebensmitteln und der Ausfuhr von Waren gemäß des Brüsseler Abkommens gemachten Mitteilungen wird folgendes zur Ergänzung mitgeteilt:

Um Deutschland bei der Erlangung der Kredite in neutralen Ländern für Ankauf von Lebensmitteln zu helfen und gemäß der von den Delegierten in Brüssel übernommenen Verpflichtungen, diese Frage zu prüfen, teilen die assoziierten Regierungen mit, daß in keinem neutralen Lande eine Firma in Zukunft Gefahr laufen wird, aus dem Grunde auf die Schwarze Liste gesetzt zu werden, weil sie a) Lebensmittel in den durch die assoziierten Regierungen gebilligten Grenzen und in Uebereinstimmung mit den von dieser aufgestellten Bestimmungen nach Deutschland ausgeführt hätte, b) Deutschland für den Ankauf dieser Lebensmittel Kredite eröffnet hätte, c) Waren, deren Ausfuhr aus Deutschland die assoziierten Regierungen genehmigt hätten, eingeführt hätte. Deutschland soll ermächtigt werden können, mit Firmen der neutralen Länder zu verhandeln und Handel zu treiben, selbst wenn diese auf den Schwarzen Listen stehen, unter Vorbehalt der Genehmigung des Obersten Blockaderates.

So ist nun endlich durch die teilweise Aufhebung der Schwarzen Listen die Voraussetzung gegeben, daß Deutschland von der Bestimmung des Brüsseler Abkommens Gebrauch machen kann, aus neutralen Ländern Lebensmittel einzuführen und mit seinen Ausfuhrwaren dafür zu bezahlen.

Der Wilsonfriede.

Berlin, 30. März.

„Daily News" vom 27. März weist darauf hin, daß sich Deutschland lediglich zur Annahme der 14 Punkte Wilsons verpflichtet habe; wenn der Friede dieser Grundlage nicht entspreche, so setze man sich der Gefahr aus, daß Deutschland nicht unterzeichne, und daß dadurch jede Hoffnung auf eine baldige Rückkehr normaler Verhältnisse in Europa zunichte werde. Die Besetzung Deutschlands würde für die Alliierten ungeheure Opfer bedeuten, sie müßten sich daher vor Friedensbedingungen hüten, die die Wiederkehr gesunder wirtschaftlicher und territorialer Verhältnisse unmöglich machen und den Samen künftiger Kriege in sich tragen. Es sei zu hoffen, daß sich auch Frankreich diesen Gründen zugänglich zeige und einen besseren Weg finde als den, den es zur Zeit suche.

Jaurès' Mörder freigesprochen.

Paris, 29. März.

Villain, der Mörder von Jaurès, wurde freigesprochen.

Die Freisprechung Villains bedeutet eine Katastrophe für die französische Rechtsprechung. Welche Gründe für das Urteil auch angeführt werden sollten, sie werden doch nicht das sich aufbäumende Rechtsempfinden der gesamten Kulturwelt beschwichtigen und die Anklage aus der Welt schaffen, daß der französische Chauvinismus diese Freisprechung erzwungen hat.

Diejenigen, die heute gegen die Freisprechung des Mörders Jaurès' protestieren, tun das nicht aus Rachsucht, sondern aus spontanem Empfinden heraus, daß hier ein Akt ungeheuerlicher Rechtsbeugung vorgenommen, ein krasses politisches Tendenzurteil gefällt wurde. Auf die französische Arbeiterschaft wird dieses Tendenzurteil zweifellos wie ein Peitschenschlag wirken und sie anspornen, mit der politischen und sozialen Reaktion in ihrem Lande aufzuräumen.

Die ungarische Revolution.

Die neue Ordnung.

Privattelegramm der „Freiheit".

Budapest, den 30. März 1919.

Religionsunterricht in der Schule ist verboten worden, desgleichen die Lehrtätigkeit der religiösen Kongregationen in der Schule. Ueberall werden Studentenorganisationen errichtet und die Lehrer angewiesen, die Jugend in revolutionärem Geiste zu erziehen.

Alle Geschäfte sind zwangsweise geschlossen worden. Die Kaufleute mußten bis zum 29. März ein Inventar über ihre Waren beim Volkskommissar für soziale Produktion einreichen. Von nun an werden die Waren dem Publikum zu vom Staate festgesetzten Preisen überlassen und nur solche Personen erhalten Waren, die beweisen können, daß sie der Waren wirklich bedürfen.

Der Revolutionäre Regierende Rat wird sämtliche Hotels kommunisieren. Ueber die Zimmer in den Hotels wird das Wohnungsamt verfügen.

Die Räterepublik hat eine Verordnung erlassen, auf Grund deren sie sämtliche nichtstaatlichen Unterrichts- und Erziehungsanstalten in ihre Verwaltung übernimmt sowie dasjenige Lehrpersonal, welches sich dem Gesetz und der Gesellschaftsordnung der Räterepublik anpaßt, geistliche Personen jedoch nur, falls sie ins weltliche Leben übertreten. Derart übernommene Personen treten in den provisorischen Dienst der Räterepublik. Die endgültige Uebernahme erfolgt auf Grund der Ergebnisse einer Prüfung über soziale Auffassung und Kenntnisse.

Die Kunstschätze der feudalen Schlösser des Komitates Feher sind beschlagnahmt und in Nationaleigentum überführt worden.

Es ist angeordnet worden, daß zum Zwecke einer staatlichen Propaganda des Sozialismus Arbeiterhochschulen und im Rahmen der Mittelschulen Vorbereitungskurse eingerichtet werden. Nunmehr gehören die Erziehungs- und Unterrichtsangelegenheiten der jugendlichen Arbeiter zu dem Wirkungskreis des Volkskommissars für Unterrichtswesen, welcher dafür Sorge zu tragen hat, daß jugendlichen Arbeitern unter 16 Jahren Unterrichtsgelegenheit geboten wird.

Budapest, den 30. März 1919.

Maxim Gorki hat an die ungarische Räterepublik ein Telegramm gerichtet, welches lautet: „Wir grüßen Euch von Herzen. Neues Leben ist erwacht. Euerm Beispiel wird bald die ganze Welt folgen."

Der Volkskommissar für soziale Produktion hat die Vollmacht erhalten, sämtliche Juwelier- und Goldwarengeschäfte in Anspruch zu nehmen. Es sind dort alle Goldwaren, Juwelen und Edelsteine ohne Fassung, deren gegenwärtiger Preis 500 Kronen übersteigt, beschlagnahmt und bei der ungarischen allgemeinen Kreditanstalt in Budapest deponiert worden. Diese Gegenstände werden in Gegenwart der betreffenden Kaufleute abgeschätzt und der Gegenwert ihnen bei einer staatlichen Bank im Kontokorrent gutgeschrieben. Die früheren Eigentümer können dann über ihr Kontokorrentguthaben im Sinne der bestehenden Verordnungen verfügen.

Um den Pferdebedarf der roten Armee zu decken, werden sämtliche Pferde auf dem ungarischen Gebiet beschlagnahmt mit Ausnahme der Pferde, welche in Landwirtschaft und Industrie Verwendung finden. Der Schätzungswert wird den früheren Eigentümern im Kontokorrent gutgeschrieben.

Die Haltung der Entente.

Paris, 29. März.

Der Viererrat setzte seine Arbeiten in den zweimal täglich stattfindenden Konferenzen planmäßig fort. Ueber die Ergebnisse dieser Beratungen wird größte Zurückhaltung beobachtet. Jedoch scheint es schon jetzt festzustehen, daß eine bestimmte Anzahl Material und Ausrüstungsstücke nach Rumänien gesandt werden wird für militärische Vorkehrungen, die angesichts der durch die bolschewistische Regierung in Ungarn hervorgerufenen Gefahr getroffen werden müssen. Havas glaubt zu wissen, daß General Mangin beauftragt werden wird, die Unternehmungen in Rumänien und in Ungarn zu leiten. General Henrys wird sich sofort von Frankreich nach Polen begeben, um sich an die Spitze der alliierten Armee zu stellen.

Ein ungarischer Bündnisantrag.

Wien, 30. März.

Die „Volkszeitung" meldet: Nach zuverlässigen Budapester Meldungen hat die ungarische Regierung der deutschen Reichsregierung ein Bündnis gegen die Ententemächte angeboten. Die Mitteilung soll bereits nach Berlin gesandt sein.

Anmerkung des W.T.B.: An hiesiger zuständiger Stelle ist von einem solchen Angebot nichts bekannt.

Bayern gegen die Freiwilligen.

München, 30. März.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Auf Anordnung des Militärministeriums werden zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit die Einrichtung von Werbestellen für Freiwilligenverbände, Werbeofferten in Tageszeitungen und Werbeplakate innerhalb Bayerns unter Strafandrohung bei Zuwiderhandlungen verboten.

Aus der österreichischen Partei.

Wien, 30. März.

Die sozialdemokratische Partei wählte zum Vorsitzenden des Parteivorstandes Seitz, zu Stellvertretern Tomschik, Bauer und Friedrich Adler. Als Chefredakteur der Arbeiterzeitung wurde Austerlitz, als Chefadministrator Emmering bestätigt. Da diejenigen Funktionäre des Parteivorstandes, die ein öffentliches besoldetes Amt bekleiden, nur mit beratender Stimme an den Parteivorstandssitzungen teilnehmen dürfen, wurde für Seitz Eldersch, für Bauer Adelheid Popp als Stellvertreter gewählt.

Demonstration in Kassel.

W.T.B. meldet aus Kassel: Als Demonstration gegen die Berliner Kundgebung vom letzten Sonntag fand am Sonnabend auf dem Friedrichsplatz eine Versammlung von 30 000 Menschen statt, in der die Redner gegen die Reaktion und die Gegenrevolution sprachen. Es wurde eine Resolution in diesem Sinne angenommen. Darauf zog die Menge demonstrierend durch die Stadt. Vor dem Verlagshause der rechtsstehenden „Casseler Allgemeinen Zeitung" in der Kleinen Rosenstraße fanden stundenlang lärmende Kundgebungen statt, in deren Verlauf Fensterscheiben und Schaukästen zertrümmert wurden. Die Menge versuchte in das Haus einzudringen, wurde aber von Mitgliedern des Arbeiterrates daran gehindert. Die Druckereiangestellten wurden gezwungen, sofort die Arbeit einzustellen, und das Blatt am Erscheinen verhindert, nachdem man gedroht hatte, sonst die Maschinen zu zerstören. Nach Beendigung des Umzuges trat wieder vollkommene Ruhe ein.

Kassandrarufe Ludendorffs.

General Ludendorff fühlt sich in seiner Position schon wieder so gekräftigt, daß er durch eine militärische Korrespondenz folgende Mahnungen an das deutsche Volk richten zu können glaubt:

„Beugt Euch nicht dem Willen des Feindes, der Euch einen Frieden auferlegen will, der von den 14 Punkten des Präsidenten Wilson und damit von dem Vorschlage Amerikas abweicht. Haltet unverrückbar fest an diesen 14 Punkten als Grundlage des Friedens. Nehmt den Vernichtungsfrieden, den Frankreich allein uns auferlegen will, nicht an. Das ist immer noch die kleinere Gefahr, die uns droht."

Die zweite Mahnung lautet: **„Seht nach dem Osten!** Von Osten her, von Rußland, droht uns die ernste Gefahr, die Lebensgefahr! Hüten wir uns, die bolschewistischen Streitkräfte zu unterschätzen, und überschätzen wir nicht das Maß des Widerstandes, den wir ihnen entgegensetzen. Hier heißt es: alle Kraft anspannen, die Freiwilligenverbände verstärkern und vermehren, die Mannszucht festigen, um einen verheerenden, verwüstenden Einbruch dieser Horden in unser Vaterland abzuwehren!"

Es dürfte in Deutschland kaum einen Mann geben, der in dieser Stunde ungeeigneter wäre, dem deutschen Volke gute Ratschläge zu geben, als General Ludendorff. Was er während des Krieges gedacht, geredet und ausgeführt hat, führte geradezu ins Verderben. Noch schlechter würde es Deutschland ergehen, wenn es jetzt seine Mahnungen befolgen würde. Wenn es eine Haupteigenschaft großer Feldherren sein soll, schweigsam zu sein, so scheint Herr Ludendorff wenig von dieser Eigenschaft zu besitzen.

Auch Tirpitz schreibt.

Auch Tirpitz hält die Zeit für gekommen, sich der Oeffentlichkeit in Erinnerung zu bringen. Er läßt durch die Telegraphen-Union melden, daß er bisher zu allen gegen ihn vorgebrachten Anklagen deshalb beharrlich geschwiegen habe, weil er seit Oktober vorigen Jahres ausschließlich mit der Niederschrift seiner Erinnerungen beschäftigt sei. Bis zu deren Fertigstellung will er noch „auf dem Lande" bleiben. Anfang Mai wird er dann von „seinen Freunden" in Berlin erwartet.

Nicht 24, sondern 32.

Nach dem offiziellen Bericht sind am 11. März in der Französischen Straße 24 Matrosen „standrechtlich" erschossen worden. Auf Grund neuer Zeugenaussagen sind wir in der Lage, mitteilen zu können, daß nicht 24, sondern 32 Matrosen der Hinrichtung zum Opfer gefallen sind. Der offizielle Bericht hat also nicht nur hinsichtlich des sachlichen Vorganges die Dinge entstellt wiedergegeben, auch die Zahl der Erschossenen ist umgefälscht worden.

Und der Mann, der den Befehl zu dieser grausamen Massenhinrichtung gegeben hat, befindet sich noch immer auf freiem Fuße!

Regierung und Gegenrevolution.

Wir hatten am Freitag den von der Regierung verbreiteten Aufruf eines Hauptmanns Knörzer wiedergegeben, in dem zur Bildung eines „parteilosen Selbstschutzes aller Staatsangehörigen gegen den Kommunismus" aufgefordert wurde. Wie nicht anders zu erwarten war, schweigt sowohl die bürgerliche Presse wie auch der „Vorwärts" diese Angelegenheit tot. Es wäre ja auch zu unangenehm, in dem Augenblick, wo man seinen Anhängern die Gefahr der Gegenrevolution begreiflich machen muß, mitzuteilen, daß rechtssozialistische Führer die Bewaffnung des Bürgertums anordnen und dadurch erst die Gefahr der Gegenrevolution hervorrufen.

Wir erwarten nun von Herrn Hauptmann Knörzer eine Zuschrift, in der er die Richtigkeit des von uns abgedruckten Dokuments bestätigt. Er habe allerdings nur eine Defensivorganisation in Vorschlag gebracht, die parteilos sein solle. Es kommt aber nicht nur auf die Absichten an, sondern vor allen Dingen auf die Wirkung. Und da kann es keinem Zweifel unterliegen, daß durch diese Gründung wie auch durch die Einwohnerwehren systematisch der Bürgerkrieg organisiert und die Gegenrevolution mächtig gestärkt wird.

Wichtiger aber ist, daß aus der Zuschrift des Hauptmanns Knörzer deutlich hervorgeht, daß er seinen Aufruf nur als Privatbrief an die Regierung gesandt habe und der Verbreitung durch das Kriegsministerium absolut fernstehe. Demnach ist festzustellen, daß der Kriegsminister Reinhardt und der Rechtssozialist Goehre von sich aus die Verbreitung dieses Aufrufs angeordnet haben. In ihnen also haben wir die Schuldigen dafür zu suchen, daß eine neubewaffnete Organisation gegen die Arbeiterschaft geschaffen wurde.

Aus der Partei.

Fr. Barthel, ein politischer Geheimagent.

Unser Stuttgarter Parteiblatt „Der Sozialdemokrat" schreibt:

In den bewegten Zeiten der Revolution tauchte ein Herr Friedrich Barthel auf. Unübertrefflich radikal. Mitglied der U.S.P. und des Spartakusbundes. Ueberall auf dem äußersten linken Flügel. Besonders Genosse Haase wurde von Herrn Friedrich Barthel in der gehässigsten, unehrlichsten Weise angegriffen. In Stuttgart fand er keinen rechten Anschluß bei uns. Wir trauten diesem Manne nicht. In Konstanz glückte es ihm besser. Dort erschlich er sich sogar ein Mandat zu unserm Parteitag. Natürlich war ihm auch dort alles nicht radikal genug. Auch dort versuchte er sich vergeblich bei württembergischen Genossen anzubiedern. Herr Friedrich Barthel bewarb sich selbstverständlich auch um die Stelle eines politischen Redakteurs an unserem „Sozialdemokraten".

Herr Friedrich Barthel ist jetzt entlarvt. Entlarvt als ganz gemeiner Spitzel. Am Tage vor seiner Abfahrt nach Berlin sandte er folgende Denunziation an die Stuttgarter Sicherheitspolizei:

Titl.

Vorstand der Sicherheitspolizei

Stuttgart.

Diene Ihnen zur Mitteilung, daß sich hier auf dem Platze ein gewisser D.... R....., ungarischer Nationalität, aus der Schweiz ausgewiesen, sich herumtreibt; da derselbe nicht arbeitet, ist zu vermuten, daß er von fremden Auslandsgeldern lebt. Da ich leider dringend nach Berlin verreisen muß, stehe ich Ihnen gerne bei meiner Rückkehr zur Verfügung, um nähere Auskunft zu erteilen. Bitte mir postlagernd Stuttgart zu berichten.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

gezeichnet:

Friedrich Barthel.

Mit dieser Veröffentlichung wird wieder einem jener heimtückischen Burschen das Handwerk gelegt, die gewissenlos Menschen vernichten helfen, um dafür einen Judaslohn einzustecken. Friedrich Barthel wohnt Stuttgart—Ostheim, Ostendstr. 70, 3 Tr.

Es sind noch mehr solcher Hallunken tätig. Wir bitten alle Genossen und Genossinnen, nicht vertrauensselig jedem Menschen Glauben zu schenken, der schöne und radikale Worte gebraucht.

Seid wachsam!

Gewerkschaftliches.

Ein Ruck nach links im Bäckerverband.

Im Böhmischen Brauhaus fand am Sonntag vormittag die Fortsetzung der Generalversammlung der Berliner Verwaltung des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren vom 9. März statt, in welcher der Geschäftsbericht über die verflossenen fünf Jahre gegeben worden war. Nach diesem Bericht hat der Verband einen erfreulichen Aufschwung genommen. Die Mitgliederzahl stieg von 742 im Vorjahre auf 6306 am Schluß des Jahres 1918! In der Diskussion der vorigen Versammlung wurde an der Kriegspolitik der Gewerkschaftsführer, vor allem an der Rätefeindlichkeit der Generalkommission scharfe Kritik geübt, die dazu führte, daß zur Vorbereitung der Neuwahlen für die Ortsverwaltung eine Kommission gewählt wurde, über deren Tätigkeit Kollege Wilhelm in der gestrigen Generalversammlung Bericht erstattete. Es war vorgeschlagen, 7 Kommunisten, 8 Unabhängige und 7 Rechtssozialisten in die Verwaltung zu wählen. Da die Kommunisten die Wahl ablehnten, wurden 15 Unabhängige und 7 Mehrheitssozialisten gewählt, und zwar als 1. Vorsitzender Schumann (U. S. P.), 2. Vorsitzender Nitschke (S. P. D.), als 1. Schriftführer Meyold (U. S. P.), 2 Schriftführer Löri (U. S. P.) usw. In das Tarifamt wurden Heyschold, Schumann, Thieme, Wilhelm, Stock und Haase, in die Gewerkschaftskommission Nölte, Stock, Richert und Haase gewählt, zwei Delegierte bestimmt das Bureau (für dringende Fälle).

Unter dem Punkt Verschiedenes fand folgende, von Liefländer und Richert begründeter Antrag einstimmige Annahme: „Die Generalversammlung der Mitgliedschaft Berlin des Bäcker- und Konditorenverbandes beschließt, an den Hauptvorstand den Antrag zu stellen, der Generalkommission der Gewerkschaften solange die Beiträge zu sperren, bis sie durch andere Personen besetzt ist, die das Vertrauen der Gewerkschaftsangehörigen haben und im Sinne der Arbeiterrevolution sich betätigen. Ferner wird an sämtliche Kollegen Deutschlands das Ersuchen gerichtet, den Hauptvorstand zu veranlassen, sofort eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, um zu allen die Kollegen jetzt bewegenden Fragen, insbesondere der Arbeitsgemeinschaft und des einzuberufenden Gewerkschaftskongresses, Stellung zu nehmen.

Auf die Angriffe des Lichtenberger Arbeiterrats Mitglied Gröbner in der letzten Vollversammlung der Arbeiterräte eingehend, kam Heyschold auf die Brotpreiserhöhung zu sprechen. Auch die „Freiheit" hat in einer Notiz am 24. März zugegeben, daß die Erhöhung der Produktionskosten die Brotpreiserhöhung notwendig gemacht habe, die doch gekommen wäre auch ohne die Lohnbewegung der Bäcker.

Die Versammlung machte sich die Entschließung einer Lichtenberger Betriebsversammlung zu eigen, worin die Aeußerung des Arbeiterrats Gröbner in der Vollversammlung der Arbeiterräte, die Schuld der Brotverteuerung sei ausschließlich auf die falsche Politik des Bäckerverbandes zurückzuführen, als eine bewußte Lüge bezeichnet wird.

Zum Schluß fand eine Resolution einstimmige Annahme, in der gegen die gemeine Behandlung der Gefangenen nach den letzten Berliner Kämpfen auf das schärfste protestiert und energische Maßnahmen der Regierung gegen die reaktionären Offiziere gefordert werden.

Tarifabschluß der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Filiale Groß-Berlin des Gemeinde und Staatsarbeiter-Verbandes nahm zunächst die Wahl dreier Agitationsleiter vor. Die Zahl der Mitglieder ist von 10 000 vor dem Kriege auf jetzt 30 000 gestiegen, zu der damit gestiegenen Arbeitslast steht die Zahl der Angestellten in keinem Verhältnis. Für die ausgeschriebenen drei Agitationsleiterposten sind nur fünf Bewerbungen eingegangen. Nach längerer Debatte, u. a. auch über die politische Organisationszugehörigkeit, wurden die Kollegen Eilenbeck, Prenzlow und Rehlag mit einer vierteljährigen Probezeit als Agitationsleiter gewählt.

Dann teilte der Vorsitzende Mündner mit, daß es endlich nach einer mühseligen Arbeit gelungen sei, für die verschiedenen Gemeinden Groß-Berlins einen einheitlichen gemeinsamen Tarif zustande zu bringen. Viele Gemeinden haben ihn schon anerkannt, für Berlin bedarf er nur noch der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung, was allerdings nur eine Formalität sei. — Auch über die Anerkennung des Tarifes in den Staatsbetrieben werden noch Verhandlungen gepflogen. Doch liegen hier die Verhältnisse ungünstiger als in den städtischen Betrieben. Der Staat weigert sich, einen Tarif abzuschließen, da seine Arbeiter doch schon besser gestellt seien als die der Privatbetriebe und letzten Endes die gesetzgebenden Körperschaften die Entscheidung über das Arbeitsverhältnis der Staatsarbeiter fällen. Nach der Auffassung der Geheimräte des alten Systems, die jetzt noch am Ruder sind, darf der Lohn eines Arbeiters das Gehalt eines in demselben Ressort tätigen Beamten nicht übersteigen. Man vergißt aber hierbei, daß der Arbeiter doch kein Anrecht keinen Pfennig Zuschuß. Trotz stundenlanger Auseinandersetzunkeinen Pfennig Zuschuß. Trotz stundenlanger Auseinandersetzungen mit den unteren Regierungsorganen konnten nur gewisse Zugeständnisse zu einzelnen Teilen des Tarifs erreicht werden, die am Montag mittag unterzeichnet werden sollen. Der Redner schloß seinen Bericht mit den Worten: „Gegen den Amtsschimmel Preußen ist der Amtsschimmel des Magistrats ein edles Rennpferd!" In der Diskussion wurde die Rückständigkeit der Arbeitsverhältnisse in den preußischen Staatsbetrieben noch durch einzelne Beispiele erhärtet.

Die Lackierer gegen die Gewerkschaftsbureaukratie.

Die Lackierer, die im Verbande der Maler organisiert sind, hielten am Freitag eine Versammlung ab, in der zunächst der Kollege Trendel den Jahresbericht der Branchenleitung erstattete. Während des Krieges seien die Gewerkschaften von ihren Pflichten abgekommen, wodurch auch in der Sektion traurige Zustände eingerissen seien. Der Redner ging dann auf die Bedeutung der Arbeiterräte ein. Er befürwortete die Industriearbeiterorganisation. Der Sektion gehören zur Zeit an 651 Lackierer, 97 Maler, 41 Anstreicher und 260 weibliche Arbeiter, insgesamt 1089 Mitglieder. Vom Kriegsdienst haben sich 234 Kollegen zurückgemeldet. Als Opfer des Krieges hat die Sektion 18 Kollegen zu beklagen. Die Diskussion bewegte sich im zustimmenden Sinne. Mit Freuden wurde hervorgehoben, daß die Sektionsleitung sich von dem reaktionären Geiste der Gewerkschaftsbureaukratie freigehalten habe. Um so schärfere Vorwürfe wurden gegen die Verbandsleitung erhoben. Es wurde sogar der Trennung der Sektion vom Verbande das Wort geredet. Demgegenüber traten indessen mehrere Redner entgegen und riefen die Kollegen auf, für bessere Verhältnisse im Verbande zu sorgen. Ein Redner wies an einem bestimmten Beispiel nach, daß von gewissen Rechtssozialisten eine Hetze entfaltet wurde, um die in der unabhängigen Sozialdemokratie organisierten Vertrauensleute und Arbeiterräte bei den Unternehmern anzuschwärzen. Kollege Trennert beantragte eine längere Resolution, die sich gegen die Kriegspolitik der Gewerkschaften und deren unsoziales Verhalten in der Revolutionszeit wendet und die verlangt: „Bei den bevorstehenden Wahlen zur Ortsverwaltung und zum Vorstand sind nur solche Kollegen als des Vertrauens der Mitglieder würdig in Frage kommen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und die für die Anerkennung der Arbeiterräte eintreten. Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission und der Generalkommission können nur von gleichen Vertrauenspersonen besetzt werden. Die oppositionellen Kollegen werden aufgefordert, eifrigst für die Abstimmung derjenigen Mitglieder der Generalkommission zu wirken, welche sich zu Mitschuldigen der Kriegspolitik gemacht haben. Die Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen. Sie soll der Generalversammlung des Malerverbandes unterbreitet werden. Ein Antrag, die Sektion vom Verband der Maler loszulösen, wurde gegen drei Stimmen abgelehnt. Als Branchenleiter wurde Trendel wiedergewählt.

Arbeiterräte der Kriegsorganisationen! Dienstag, den 1. April 1919, vormittags 9 Uhr, im Herrenhause, Saal 20, Sitzung. Vollzähliges Erscheinen dringend erforderlich. Der Ausschuß der Arbeiterräte der Kriegsorganisationen: Gürsch, Oltersdorf, Zienow.

Film und Kino. Versammlung der kaufmännischen Angestellten Dienstag, nachmittags 5 Uhr, im Lindenhof, Lindenstraße 10. Tagesordnung: Der Tarifvertrag.

Groß-Berlin.

Vollversammlung der Soldatenräte Groß-Berlins.

Freitag, den 4. April, mittags 1 Uhr, im Plenarsaal des Herrenhauses.

Tagesordnung:

1. Bericht der militärischen Mitglieder des Vollzugsrates.
2. Stellungnahme zum Rätekongreß.
3. Anträge zum Rätekongreß.
4. Verschiedenes.

Anträge zu Punkt 3 sind bis spätestens Mittwoch, den 2. April 1919, an den militärischen Ausschuß des Vollzugsrates Groß-Berlin einzureichen.

Die Einlaßkarten sind ausgefertigt und ab Montag, den 31. März, täglich von 10—2 Uhr, In den Zelten 23, Zimmer 21, gegen Ausweis abzuholen.

Die militärischen Mitglieder des Vollzugsrates.
Moskenbuhr. Albrecht.

Die Verteilung ausländischer Lebensmittel.

Mit Rücksicht auf das demnächstige Eintreffen ausländischer Lebensmittel hat sich der Lebensmittelverband Groß-Berlin an den Reichsernährungsminister mit der Bitte gewendet, die Vorbereitung für die Verteilung dieser Lebensmittel so zeitig zum Abschluß zu bringen, daß die Lebensmittel sofort nach ihrem Eintreffen an die ihrer dringend bedürftige Bevölkerung abgegeben werden können.

Nach den Erfahrungen muß mit aller Strenge auf gewissenhafte Verteilung dieser Lebensmittel geachtet werden. Schon heute hört man allgemeines Mißtrauen in der Bevölkerung, das sich in Aeußerungen Luft macht wie: Wer weiß, wer sich erst gesund macht. Es muß Vorsorge getroffen werden, daß nichts verschwindet, ehe es an die breite Masse kommt.

Lichtenberger Stadtverordnetenversammlung.

In der am Donnerstag stattgefundenen Sitzung wurden die durch die allgemeine Lage notwendig gewordenen Wahlen der verschiedenen Kommissionen, Deputationen und Ausschüsse vorgenommen. Ein von unseren Genossen gestellter Antrag, die Kosten für die Beerdigung der in den Straßenkämpfen getöteten Zivilpersonen von der Stadt zu tragen, wurde angenommen. Einer Vorlage des Magistrats, welche die Bewilligung von Mitteln fordert, um Personen im Nichtvermögensfalle Darlehen zu geben zwecks Beseitigung der entstandenen Schulden während der letzten Unruhen, wurde nach kurzer Debatte und nachdem die geforderte Summe von 100 000 Mark auf 300 000 Mark erhöht war und der Magistrat die Erklärung abgab, daß nicht nur Sach-, sondern auch Personenschaden berücksichtigt werden sollen, gleichfalls die Zustimmung gegeben. Ein Antrag, welcher den Magistrat ersucht, bei der Regierung vorstellig zu werden zwecks Einsetzung einer Untersuchungskommission über die Vorgänge vor und während der Besetzung Lichtenbergs unter Hinzuziehung von Lichtenberger Stadtverordneten wurde angenommen. Unser Genosse Mielitz wies dabei darauf hin, daß die Aussicht auf Gründlichkeit dieser Kommission sehr gering sei, da gerade mit Hilfe der Rechtssozialisten und der preußischen Landesversammlung die Gründlichkeit dieser Kommission vereitelt wird.

Der städtischen Beamten, sowie dem Lehrpersonal der höheren und mittleren Schulen wurde am 1. Januar 1919 ein Gehaltszuschlag für alle Gehaltsklassen von 1200 M. jährlich bewilligt. Der Verein der Lichtenberger Volksschullehrerinnen hat den Magistrat gebeten, für die Vertreterinnen die Beiträge für Invaliden- und Krankenversicherung auf die Stadtkasse zu übernehmen. Der Magistrat dagegen macht den Vorschlag, den Vertretern und Vertreterinnen eine widerrufliche Kriegsteuerungszulage von monatlich 10 M. zu gewähren. Unsere Genossen wünschten aus prinzipiellen Gründen, daß den Forderungen der Volksschullehrerinnen Rechnung getragen werde. Der Genosse Witzke bedauerte die geringen Löhne der Lehrerinnen und führte aus, daß mit diesem Raubbau der Arbeitskraft gebrochen werden müßte. Durch die geringen Löhne der Lehrerinnen vermindert sich deren Arbeitskraft, Krankheitsfälle treten ein und die Lehrerinnen werden frühzeitig pensionsfähig, wodurch die Stadt durch die verkehrte Sparmethode doch nur der leidtragende Teil ist. Gegen unsere Stimmen wurde die Magistratsvorlage angenommen. Zu einer längeren Schuldebatte führte eine Vorlage, in welcher der Magistrat die Einrichtung von 4 Klassen für die Knaben-Mittelschule forderte. Unsere Redner forderten Abbau des veralteten Schulsystems und verlangten die Einführung der Einheitsschule, lehnten daher die Magistratsvorlage ab. Lebhafte Entrüstung löste die Mitteilung des Genossen Witzke aus, daß nach einer ihm zugegangenen Meldung zwei Lehrer in einer Gemeindeschule Geldsammlungen für die Noskegarde vorgenommen hätten. Kinder, die kein Geld gaben, wurden als „Auch-Spartakisten" bezeichnet. Der Genosse Witzke wünschte, daß diese Volkserzieher sich ein anderes Tätigkeitsfeld suchen möchten, indem sie sich bei der Noskegarde freiwillig melden. Ein Vertreter des Magistrats bedauerte diese Vorkommnisse und sagte Untersuchung zu und wünschte, daß die Schule der neutrale Boden bleiben solle. (!) Nachdem noch einige Vorlagen des Magistrats zur nochmaligen Prüfung an die betreffenden Kommissionen überwiesen, wurde dem Magistrat die Ermächtigung erteilt, die laufenden Ausgaben bis April, soweit sie auf gesetzlicher und statutarischer Grundlage beruhen, zu leisten, aber gefordert, bis dahin den Haushaltungsplan für 1919 vorzulegen.

Zu einer kurzen, aber lebhaften Auseinandersetzung mit den Rechtssozialisten führte ein Antrag unserer Genossen, welcher verlangt, daß der Magistrat dahin wirke, daß die Erwerbslosen-Unterstützung den Erwerbslosen unverkürzt gesichert und von steuerlichen Eingriffen verschont bleibe. Die Rechtssozialisten konnten diesem Antrag nicht die Zustimmung geben, da ja nach ihrer Meinung die Erwerbslosen-Unterstützung eine Einnahme und als solche zu versteuern ist. Alle Einwendungen, daß sie selbst früher gegen die Besteuerung der Gewerkschaftsunterstützung usw. eingetreten sind und die logische Konsequenz dieser Anschauung auch die Versteuerung der Krankenunterstützung bedeute, nutzte nichts. Der Antrag wurde gegen unsere Stimmen abgelehnt.

Umzugstermine. Im Hinblick auf die Schwierigkeiten, die infolge des Mangels an Eisenbahntransportmitteln sich den Umzügen nach Außerhalb entgegenstellen, bestimmt der Polizeipräsident in Abänderung der Bekanntmachung vom 17. Februar d. J. Es sind a) kleine, d. h. aus höchstens zwei Wohnzimmern und Zubehör bestehende Wohnungen, bis zum 3. April; b) mittlere, d. h. aus drei oder vier Wohnzimmern bestehende Wohnungen, bis zum 5. April, mittags 12 Uhr; c) große, d. h. eine mehr als vier Wohnzimmer umfassende Wohnungen, bis zum 10. April, 12 Uhr mittags, zu räumen. Die Inhaber der aus drei Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen müssen jedoch ein Wohnzimmer, und die Mieter von Wohnungen von mehr als drei Wohnzimmern und Zubehör, zwei Wohnzimmer schon am 3. April vollständig geräumt dem zuziehenden Mieter auf dessen Wunsch zur Unterbringung seiner Möbel und seiner sonstigen Habe zur Verfügung stellen.

Eine Neuausgabe der Fleisch-Kundenliste soll vom 8. bis 9. April erfolgen, wobei aus dem Felde heimgekehrte Schlächtermeister berücksichtigt werden sollen. Diese ihr Geschäft wieder eröffnenden Meister werden besonders kenntliche Plakate aushängen.

Nowawes. In der letzten öffentlichen Gemeindevertretersitzung wurde durch Dringlichkeitsantrag seitens der U. S. P.-Vertreter beschlossen, ein Wohnungsamt am hiesigen Orte zu schaffen, durch welches alle abzuschließenden Mietsverträge gehen sollen, und bei welchem alle leerstehenden und freiwerdenden Wohnungen anzumelden sind, damit endlich den Mietern der Schutz zuteil wird, den sie gegenüber verschiedenen Hausbesitzern in mancherlei Hinsicht bedürfen. Von unserer Fraktion gehören diesem Amt die Gen. Schulz und Blagnies an. — Für die Beamten der Gemeinde, ebenso den Arbeitern derselben, wurden Teuerungszulagen beschlossen: Die höchste Gehaltsstufe ist bis 8500 M. vorgesehen. Die Zulagen erfolgen von unten nach oben, und zwar mit 180, 170, 160 M. und 40 M für jedes Kind. Unverheiratete erhalten 80 Prozent der Sätze. Zu erwähnen ist noch die Erhöhung der Gaspreise ab 1. Februar, und das rigorose Vorgehen der Gasgesellschaft, indem sie schon vor dem 1. Februar die erhöhten Preise berechnete; die dadurch Geschädigten mögen sich beim Arbeitsrat melden. — Als Ersatzmittel für Petroleum erhalten die Einwohner von Nowawes auf Antrag Karbid zugewiesen, sofern ihnen eine andere ausreichende Beleuchtungsanlage nicht zur Verfügung steht. Entsprechende Anträge sind gegen Vorlegung des weißen Ausweises bei unserer Lebensmittelkartenausgabe, Priesterstraße 81, zu stellen. Petroleumsparlämpchen sind im Zimmer 8/9 zu haben.

Folgendes Gaunerstückchen vollführten unter dem Deckmantel von Regierungstruppen (vielleicht waren es auch solche?) drei Gauner. Freitag abends zwischen 7 und 8 Uhr betraten drei bewaffnete Soldaten das Restaurant von Beggerow, Heidelberger Straße 87. Sie erklärten einen ahnungslosen Gast mit Namen Lindemann für verhaftet, nahmen ihm unter Bedrohung seine Ersparnisse in Höhe von über 4000 M. ab und führten, trotz Anwesenheit von einem halben Dutzend Gäste, meist gedienter Leute, den „Gefangenen" ab. Auf der Straße verdufteten sie dann spurlos, ohne daß dem Betrogenen Hilfe von den Gästen geleistet worden wäre. Solche Furcht hat heute die Bevölkerung vor Uniform und Gewehr!

Tödlich verunglückt ist gleich beim Antritt seines Dienstes der 19 Jahre alte Eisenbahnarbeiter Willi Wert aus der Bernauer Straße 28. Der junge Mann hatte zum ersten Male Stellung im Eisenbahndienst angenommen. Als er gestern auf dem Verschiebebahnhof der Nordbahn seine Arbeit angetreten hatte, versuchte er auf eine fahrende Lokomotive zu springen, stürzte jedoch ab und fiel so unglücklich, daß er auf der Stelle verstarb.

Das Pressedezernat der Republikanischen Soldatenwehr teilt mit: Ehemalige Angehörige der Volksmarinedivision haben das noch in ihrem Besitz befindliche Heeresgut (Dienstgelder, Bekleidung usw.) beim Abrechnungskommando, Oberwallstraße abzugeben, bzw. Auskunft zu erteilen, wo sich solches noch befindet.

Angehörige, die weder in Worten noch in Taten gegen die Regierung gekämpft haben, können ihre rückständigen Gebührnisse bei der Abrechnungsstelle der Volksmarinedivision, Oberwallstr. 10 c, zur Prüfung anmelden.

Das Bureau des Arbeiterrats der Arbeitslosen befindet sich nicht mehr in der Alten Jakobstr. 75, sondern in der Klosterstraße 92, 2 Tr. Geschäftszeit von 10 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachm.

Wer stellt Quartier zur Verfügung? Am 5. und 6. April tagt in Berlin der Reichskongreß der Arbeitslosenräte. Parteigenossen, die hochherzigerweise Quartier für einen Delegierten zur Verfügung stellen können, werden gebeten, ihre Adresse an Wendel, Friedenau, Mengelstr. 16, mitzuteilen.

Aus den Organisationen.

Niederbarnim.

Der Unterrichtskursus beginnt am Dienstag, den 1. April, abends 6 Uhr, im Café Bellevue, Lichtenberg, Hauptstraße 2 (Bahnhof Strausa-Rummelsburg). Eine besondere Einladung erfolgt nicht. Die Bezirke wollen die Gewählten darauf aufmerksam machen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Kreisvorstand

---

6. Wahlkreis. 22. Abteilung. Am Montag, den 31. März, abends 7 Uhr, findet in der Schulaula, Schöningstr. 17, eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Lichtenberg. Dienstag, den 1. April, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung der U. S. P. in der Aula des Realgymnasiums in Parkaue. Tagesordnung: Berichterstattung vom Parteitag. Referent: Gen. Arth. Richter.

Schmargendorf. Dienstag, den 1. April, abends 7½ Uhr, im Schützenhaus, Hundekehlerdienstr. 20, Außerordentliche Mitgliederversammlung. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist das vollzählige Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich.

Marienfelde. Mittwoch, 2. April, abends 7 Uhr, Generalversammlung in der Aula der Gemeindeschule, Kurfürstenstr. 53. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und Neuwahl des Vorstandes. Mitgliedsbücher oder Karten sind mitzubringen.

Alt-Glienicke. Dienstag, den 1. April, abends 7 Uhr, in der Aula der neuen Schule, Köpenicker Straße: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten für den Arbeiterrat und der Gemeindekommissionen.

Freie Jugend, Schönhauser Vorstadt. Dienstag, 1. April, abends 7½ Uhr, Versammlung. Vortrag: „Trennung der Kirche von Staat und Schule." Alle Jugendlichen, besonders die, welche jetzt die Schule verlassen, sind hierzu eingeladen. Vereinszimmer Langer, Schönhauser Allee 108, Hof.

Freie Jugend Südost. Dienstag, 1. April, im Lokal Liebig, Wiener Str. 57a, Versammlung mit Vortrag.

Spiel und Sport.

Turnverein Fichte. Die rührige 8. Männerabteilung nimmt am Dienstag, abends 8 Uhr, ihren gesamten Turnbetrieb in der Halle der Königstädtischen Oberrealschule, Posteuerstr. 44/45, wieder auf (siehe Inserat.)

Lebensmittelkalender.

Berlin. Die bisher gültige Kundenliste zum Bezuge von Heringen verliert mit dem 31. März ihre Gültigkeit. Diejenigen, welche künftig Heringe zu beziehen wünschen, müssen sich von neuem bei einem vom Magistrat Berlin zugelassenen Heringskleinhändler in die Kundenliste eintragen lassen. Die Eintragung hat bis 3. April zu erfolgen, und zwar sind an diesem Tage die durch einen Aushang kenntlich gemachten Läden in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags und nachmittags von 3—7 Uhr offen zu halten. Es wird insbesondere noch darauf verwiesen, daß die nunmehr aufgelegte Kundenliste auch für die späterhin noch zum Aufruf gelangenden Buchstaben maßgebend ist.

Charlottenburg. Es gelangen zur Ausgabe: 250 Gramm Fleisch oder Ersatz, 5 Pfund Kartoffeln, ½ Pfund Zucker. Butter- und Eier wie besonders bekanntgemacht. — Allgemeine Groß-Berliner Lebensmittelkarte mit Aufdruck Charlottenburg: 250 Gramm Marmelade auf Abschnitt 107, 250 Gramm Marmelade auf Abschnitt 108, 150 Gramm Graupen auf Abschnitt 110, 150 Gramm Weizengrieß auf Abschnitt 111, 1 Kilogramm Gemüsekonserven auf Abschnitt 112 (Spargel, Bohnen, Spinat, grüne Erbsen). — Rote Nahrungsmittelkarte: ½ Pfund Räucherwaren auf Abschnitt 217 sowie auf Abschnitt „O" der Berliner Bezugskarte. Je 1 Pfund frische See- oder Flußfische auf die Abschnitte 218 und 223, sowie auf Abschnitt „Gg" und „Rr" der Berliner Bezugskarte. Abschnitt 216 ist vorzugsweise zu bedienen. — Im Monat April 1919 wird einmalig ausgegeben: a) An die in der zweiten Hälfte der Schwangerschaft befindlichen Frauen 2 Pfund Weizengrieß und an Schwangere vom 4. Monat ab 1 Pfund Zwieback; b) an die Kinder im 2. Lebensjahre 1 Pfund Kindergerstenmehl zum Preise von 77 Pf.; c) an die Kinder vom 3. bis 6. Lebensjahre, das sind die Kinder, die eine B I, B II, C I und C II Milchkarte für April 1919 besitzen, als Ersatz für ausfallende Milch je ein Pfund Kindergerstenmehl zum Preise von 77 Pf.

Neukölln. In der kommenden Woche Fortsetzung des Suppenverkaufs auf Abschnitt 101 und 103. Ferner Verkauf von Frischfisch auf Abschnitt 162 der Neuköllner Warenbezugskarte. Für den weiteren Bezug von Heringen, frischen Fischen, Räucherwaren und Marinaden liegt vom 1. bis 15. April eine neue Kundenliste zwecks Eintragung aus. Gegen Trennung des Abschnittes T der Neuköllner Haushaltungskarte für je 2 Personen im Haushalt 1 Ei, für einzelne Personen ebenfalls. Die Eierkarten sind zur weiteren Verteilung von Auslandseiern sorgfältig aufzubewahren. Für diejenigen Personen, welche von der Stadtgemeinde mit Winterkartoffeln beliefert worden sind, ist das Ende der Sperrfrist für die Kartoffelkarten endgültig auf den 11. Mai d. J. festgesetzt worden. Die Speisefettmenge bleibt unverändert. Im städtischen Eiswerk freihändiger Verkauf von Senfgurken, aus Kürbis hergestellt — auch an Wiederverkäufer — 5- und 10-Pfundbüchsen zum Preise von 7,50 M. und 14,85 M. Im städtischen Lebensmittelwerk Hermannstraße 29 Verkauf von [illegible] an Wiederverkäufer (Zentner 55 M.). In den städtischen Verkaufsstellen gelangt u. a. wieder Milchhonig zum Preise von 7 M. je Glas ohne jede Beschränkung zum Verkauf.

Wilmersdorf. Vom 31. März bis 6. April 1919: Fortsetzung des Verkaufs von Fischwaren, von markenfreiem Weißkohlsauerkraut in beliebiger Menge, bis 31. März von 1 Briefchen Süßstoff auf 19 (rot), bis 5. April von 1 Ei auf 54 der neuen Eierkarte (grün), von zusammen 250 Gramm Teigwaren auf 110 und 1 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte für Jugendliche. — Voranmeldung für Milchpudding auf die roten Zusatznährmittelkarten A I, A II, B I, B II, C I, C II für Kinder im 1. bis 6. Lebensjahre hat bis zum 3. April 1919 zu erfolgen. — Neuausgabe von je 1 Paket Zusatznährmittel auf die Abschnitte 10 der roten Zusatznährmittelkarten und A II für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre, von 400 Gramm Marmelade auf Abschnitt 108 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte, von 150 Gramm Haferflocken auf Abschnitt 111 derselben Karte. — 4 Pfund Kartoffeln auf Karten, 1 Pfund aus der Vorratsmenge. Die zur Verteilung kommenden Mengen an Fleisch und Gefrierfleisch sind auch in den nächsten Wochen so gering, daß der größte Teil der Wochenmenge durch Fleisch- und Wurstkonserven gedeckt werden muß. — Brot und Mehl darf in der Woche vom 31. März bis 6. April nur auf die Abschnitte 8, 9 und 10 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte unter gleichzeitiger Abtrennung der über die gleichen Gebäck- oder Mehlmengen lautenden Abschnitte der für diese Woche ausgestellten Groß-Berliner Brotkarte abgegeben und entnommen werden. Es entfallen auf Abschnitt 8: 1000 Gramm, auf Abschnitt 9: 850 Gramm und auf Abschnitt 10 500 Gramm Brot oder 300 Gramm Mehl.

Schöneberg. Bis zum 1. April Voranmeldung für 250 Gramm Marmelade auf Abschnitt 108 und 1 Kilogramm Gemüsekonserven auf Abschnitt 112 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte. Ausgegeben werden in der nächsten Woche 250 Gramm Haferflocken auf die Abschnitte 108 und 109 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte und 100 Gramm Haferflocken auf Abschnitt 31 der Jugendlichenkarte. Bei der Hauptkartenverteilung vom 4., 5., 7. und 8. April werden Sonderbezugsscheine für eine Osterverteilung an die Kinder bis zum 15. Lebensjahre und an alte Leute über 60 Jahre ausgegeben.

Treptow. Außer den üblichen Rationen wird verteilt: 150 Gramm Nudeln auf Abschnitt 109, 250 Gramm Marmelade auf Abschnitt 108 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte, 100 Gramm Hülsenfrüchte auf Abschnitt 29 der Treptower Lebensmittelkarte als Ersatz für verminderte Fleischration. Außerdem stehen markenfrei zum Verkauf in allen einschlägigen Geschäften: Weißkohlsauerkraut, Dörrweißkohl und Gemüse.

Nowawes. In der Woche vom 31. März bis 6. April: 250 Gramm Marmelade zum Preise von 51 Pf. auf Abschnitt 108 der Lebensmittelkarte. 100 Gramm Haferflocken zum Preise von 18 Pfg. auf Abschnitt 111. 250 Gramm Hülsenfrüchte zum Preise von 60 Pfg. auf Abschnitt 37 der rosa Lebensmittelkarte. 100 Gramm Dörrgemüse zum Preise von 50 Pfg. auf Abschnitt 38. 1 Dose feine Leberwurst zum Preise von 3,50 M. auf Abschnitt 39. 200 Gramm Kaffeeersatz zum Preise von 1 M. auf Abschnitt 40. 1 Paket Morgentrank zum Preise von 0,45 M. auf Abschnitt 29 der Lebensmittelkarte für Jugendliche. Die Karteninhaber haben am Montag, den 31. März und Dienstag, den 1. April, die Kartenabschnitte 108, 111, 37, 38, 39, 40 und 29 der Lebensmittelkarten bei dem Kleinhändler abzugeben, bei dem sie die Ware zu beziehen wünschen. Verspätete Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden. Die Ausgabe der Waren findet von Freitag, den 4. bis Sonntag, den 6. April statt. — Die Gemeinde hat einen größeren Posten Geflügelfutter (getrocknete Fischkrabben und Geflügelbockfutter) am Lager. Bezugsscheine sind im Rathaus, Zimmer 6, in Empfang zu nehmen.

Spandau. Gegen Abtrennung von Feld 225 der Lebensmittelkarte kann ½ Pfund Kunsthonig bezogen werden. Der Preis beträgt für den Honig in Pfundpaketen 80 Pf. für 1 Pfund, im übrigen 75 Pf. Von Montag, den 31. d. M. ab, kann in den hiesigen Geschäften gegen Abtrennung von Feld 223 der Lebensmittelkarte ein Pfund Kaffeeersatz bezogen werden. Gegen Abtrennung von Feld 224 der Lebensmittelkarte ½ Pfund Marmelade.

Lichtenberg. 1 Auslandsei ([illegible] Pf.), Abschnitt 51 der Eierkarte. — 150 Gramm Nährsuppen, Abschnitt 110 gemeinsame Lebensmittelkarte. — Fischkonserven, Abschnitt 383 L. J. B. K. — Fluß- und Seefische, 382 L. J. B. K. — ½ Pfund Räucherwaren, 384 L. J. B. K. Lichtenberger Karte. — Inländischer Sauerkohl ohne Kartenabschnitt. — Infolge Umbaues der städtischen Fischhalle Frankfurter Allee beschränkter Verkauf Kronprinzenstraße 1. — Fischhalle Bismarckplatz 1 wird entsprechend stärker beliefert.

Niederschönhausen. Für die Woche vom 31. März bis 6. April: Butter 40 Gramm, Margarine 50 Gramm, Kartoffeln 5 Pfund. Auf Abschnitt 108 der Lebensmittelkarte Niederbarnim 250 Gramm Marmelade. Auf Abschnitt 110 150 Gramm Grieß. Auf Abschnitt 31 der Jugendlichenkarte 100 Gramm Grieß. Auf die Ausweiskarten für Kinder bis zu 2 Jahren 1 Paket Kakao, ½ Pfund Haferflocken. Auf Abschnitt 4 der Kriegsbeschädigtenkarte 1 Pfund Morgentrank. Anzumelden bis Dienstag mittag.

Reinickendorf. Die Ausgabe der Graupen an die Händler findet **nicht am Montag**, sondern erst am Mittwoch, den 2. April, statt.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

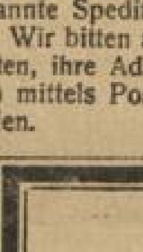
Eile tut not!

Versäume die Zeichnung der Berliner Stadtanleihe von 1919 nicht, der 1. April ist der letzte Zeichnungstag.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Direktion Friedrich Kayssler. Uhr: Gas.
Opernhaus. Richard-Strauß-Woche. 3. Abend. Uhr: Der Rosenkavalier
Schauspielhaus. Uhr: Die Kreuzelschreiber.
Direktion Max Reinhardt. Deutsches Theater. Uhr: Wie es euch gefällt.
Kammerspiele. Uhr: Fasching.
Kleines Schauspielhaus. Uhr: Die Büchse der Pandora.
Lessing-Theater. Direkt.: Victor Barnowsky. Uhr: Der rote Hahn. Dienstag: Der Blaufuchs. Mittwoch: Der Blaufuchs.
Deutsches Künstler-Theat. Uhr: Der Schöpfer. Dienstag: [illegible]. Mittwoch: Der Schöpfer.
Central-Theater. Uhr: Die Schönste von Allen.
Deutsch. Opernhaus Charlottenburg. Uhr: La Traviata.
Friedrich-Wilhelmst. Theater. Uhr: Hannerl. Das Dreimäderlhaus. II. Teil.
Kleines Theater. Uhr: Liebelei.
Komische Oper. Uhr: Schwarzwaldmädel.
Lustspielhaus. Uhr: Die spanische Fliege
Metropol-Theater. Uhr: Die Faschingsfee.
Neues Operettenhaus. Schiffbauerdamm. Uhr: Die keusche Susanne
Palast-Theater. Uhr: Christus
Schiller-Theater Charlottenburg. Uhr: Wie es euch gefällt.
Thalia-Theater. Uhr: Zur wilden Hummel.
Theater am Nollendorfplatz. Uhr: Der Juxbaron.
Theater des Westens. Uhr: Madame Sherry.
Walhalla-Theater. Uhr: August der Starke
Casino-Theater. Lothringer Str. 37. Tägl. ½8 Uhr: Der Schlager der Spielzeit. Das neue Berliner Volksstück: Vater Knolle. Dazu erstklassige Spezialität. [illegible] Ehrlichen Handwerk

Rose-Theater. 7½ Uhr: Letzte Aufführung. Das Dreimäderlhaus. Morgen: Erstaufführung. Stärker als der Tod.
Wallner-Theater. 7½ Uhr: Geisha
Wintergarten. Täglich 7½ Uhr Varietévorstellung. Rauchen gestattet.


Theater [illegible] Elite-Sänger. ehemalige Mitglieder der Stettiner Sänger. Seidel, Rusetti, Horst, Gröning, Schubert, Riess, Rathke, Otto Schrader. Rud. Schrader. Auserwähltes Programm. Vorverkauf tägl. 11—1 Uhr. Eröffnungs-Vorstellung 1. April 7 Uhr. Blüthgen-Orchester.

Speditionswechsel!
Die bisherige Spedition Kordgien, SW, Solmsstr. 4, wird mit 1. April l. J. zu
Girschner, Gitschiner Strasse 92
verlegt. Der erstgenannte Spediteur wird daher von diesem Tage an unsere Zeitung nicht mehr bestellen. Wir bitten alle unsere Abonnenten, welche bisher durch Kordgien unsere Zeitung erhielten, ihre Adressen unverzüglich der neuen Spedition (Girschner, Gitschiner Strasse 92) mittels Postkarte bekannt zu geben, um eine Stockung in der Zustellung zu vermeiden.
Verlag „Freiheit", E. G. m. b. H.

Die Wahrheit über die Berliner Straßenkämpfe
48 Seiten. Preis 35 Pf.
Eine ausführliche Schilderung der letzten Berliner Ereignisse
Soeben erschienen. Zu beziehen durch unsern Verlag und Speditionen, Buchhandlungen, Zeitungshändler
Verlagsgenossenschaft „FREIHEIT" e. G. m. b. H., Berlin, Schiffbauerdamm 19

Turnen! Sport! Wandern!
Die 8. Männer-Abt. des Turnvereins „Fichte" (Arb.-Turnerb.) nimmt am Dienstag, den 1. April, in der modern eingerichteten Turnhalle der Königl. Oberrealschule, Pasteurstr. 44—45 ihren regelmäßigen Turn- u. Sportbetrieb auf. Die Abt. betreibt außer Geräteturnen, Leicht- u. Schwerathletik, Fußball, Wandern. Für Mitglieder über 35 Jahre besteht eine „Alte Herren-Riege". Junge Leute von 14—18 Jahren werden als Mitgl. der Lehrl.-Abt. aufgenommen. Für alle körperlich und geistig Schaffende ist das Turnen eine Quelle reinster Lebensfreude.
Turnzeiten: Dienstag u. Freitag von 8—10 Uhr. Gäste gern gesehen.

Kleine Anzeigen

Piano oder Flügel, eventuell Harmonium, kauft Schachtschneider, Pufendorfstr. 14, III. Preisangebot erbeten.

Pianos, tadellose, gebrauchte von 12—1800.— M. verkauft Pianohaus Max Becker, Andreasstraße 47.

Kupferleitungen, Kabel, Litzen kauft zu höchsten Tagespreisen Elektro-Büro, Langestraße 27 I Ecke Andreasstraße. Alex. 3939.

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen-Kabel kauft Schumann, Andreasstraße 78, vorn II, am Schlesischen Bahnhof.

Alt-Messing und Kupfer kauft Sucrofabrik Hagelberger Straße 51. Tel. Lützow 9674.

Teppichverkauf. Tischdecken, Divandecken, Tüllbettdecken, Steppdecken, Künstlergardinen, Zuggardinen, Stores, Portieren, Läuferstoffe und Federbetten billigst Ehrmann, Frankenstr. 9 II, Ecke Eisenacher Str. (Schöneberg).

Dringend gesucht. Futter Serge, Leine, wie Garn, Bindfaden zum Höchstpreis kauft Schickler, Georgenkirchpl. 11.

Reizende Schlafzimmer, Speisezimmer mit Rindledersofa, Küche, Ankleideschrank, Versch. einz. Umbausofa, Chaiselongue, Bettstelle, eichenes Büfett, Schreibtisch, Waschtoilette, Trumeau, Teppiche, Federbetten verkauft Teitz, Köpenicker Str. 154, 4. Etg. Verkauf an Privatleute. Händler verb.

Säcke, Pläne, Garn kauft Bredow, Charlottenstraße 82.

Möbelkredit an jedermann. Kleinste Anzahlung, bequemste Abzahlung, größte Rücksicht. Genaue Möbelstücke aus bereitwilligst Kriegsanleihe nehme in Zahlung. Bei Vorzeigung bedeutende Preisermäßigung. Lamm, Rüdersdorfer Straße?, eine Treppe.

Rechtsrat! b. Hecunter, Vorbadstraße 11 (Stettiner Bahnhof) Vertretung vor allen, auch auswärtigen Gerichten. Beschaffungsämtern-Strafsachen! Beabsichtigen Sie Rechte Erfolge: 4 Monate 7 Wochen Gefängnis erlassen! Erfolgreiche Haftentlassungs-Gesuche. Viele Anerkennungen. Ratserteilung umsonst. Auch Sonntag vormittags.

Landrichter, außerdienstlich, Rechtsbeistand in allen erdenklichen Rechtsfällen. Gerichtsvertretung, Eingaben usw. Beratung kostenlos. Lothringer Str. 47, Müllerstr. 178.

Darlehen in jeder Höhe von Mk. 100 aufwärts, jedermann, Ledigen auch Damen. Zahlreiche Dankschreiben. Bequemste Ratenrückzahlung. Bureau Borsigstraße 11 (auch Sonntags vormittags).

Geübte Zigaretten-Handarbeiterinnen und -Arbeiter für sehr gut bezahlte Heimarbeit gesucht. Da zur Zeit verreist, erbitte nur schriftliche Angebote unter D. 32 an die Expedition der „Freiheit".

Kaninchen, Hühner, große Auswahl, verk. Leimgräbler, Landsberger Straße 11.

Facharzt Dr. Meyenberg für Geschlechtsleiden 11—1 und 5—7 Uhr Jägerstr. 12.

Homöopath Inst. Meißner Müggelstr. 25 am Bahnhof Frankf. Allee für Haut-, Harn-, Geschlechts- u. Frauenleiden, nerv. Schwäche. Spez. veralt. Fälle bei schneller sich. u. schmerzl. Behandl. ohne Berufsstörung. - Ausk. kostenl. Sprechst. 10-1, 5-8 Sonnt. 10-12

Kohlengeschäft Wiedereröffnung Charlottenburg, Blumestr. 8. Paul Schulz.

Facharzt für Haut-, Harn-, Frauenleiden. Salvarsankuren. — Blutuntersuchung. — Schnellste Heilung v. ansteckenden Krankheiten der Harnorgane. Dr. Ritters Heilanstalt Jägerstr. 12. 11-1, 5-7. Sonntag 11-1.

Moabit. Die Spedition der „Freiheit" befindet sich vom 1. April ab nicht mehr Lübecker Str. 43, sondern Lübecker Str. 11.

Achtung! Tempelhof! Vom 28. d. M. befindet sich die Spedition der „Freiheit" Werder Straße 31. Dortselbst werden auch Botenfrauen eingestellt.

Botenfrauen werden noch in nachstehenden Speditionen eingestellt:
Berlin: Bley, Naunynstraße 25. Hendel, Ucckermstr. 18. Hackbarth, Michaelkirchplatz 2. Hennig, Dortmunder Straße 14. Gierichner, Gitschiner Straße 92. Döring, Greifenhagener Straße 23. Petersen, Flensburger Straße 14. Bientle, Bergstraße 1. Schiffbauerdamm 19.
Charlottenburg: Lorenz, Wallstr. 68.
Niederschöneweide: Schallrenz, Sedanstraße 57.
Steglitz: Nand, Albrechtstr. 6.
Wilmersdorf: Denecke, Gieselerstraße 3.
Spandau: Köppen, Breitestr. 61

Warschauer Konzerthallen. Warschauerstr. 31 Ecke Rotherstr. (Am Bahnhof Warschauerstr.) Direktion Adolf Jung.
Sonntags: Doppel-Künstler-Konzert. Montags: Kabarett-Abend. Dienstags: Gesellschafts-Abend. Mittwochs: Bockbierfest mit Rio Renner. Donnerstags: Kabarett-Abend. Freitags: Oberbayr. Kirmeß (Tyroler Gesellschaft Schneeglöckerl'n). Sonnabends: Solisten-Konzert. Eintritt frei! Anfang [illegible]
Pianovirtuose Vanderveldt. Violinkünstler Horst Jung.
Ausschank: Pfefferberg, Ohmisch, Münchener. Warme Küche

PIANOS Adam, Münzstr. 16
große Auswahl gebrauchter, in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, sowie neuer Pianos, Panzerplatte, weiße Filze, Kupferbespannung 1800 Mark. Klavierstimmer Adam, Münzstr. 16.

Freie Jugend Treptow-Baumschulenweg. Sonntag, den 6. April, abends 6½ Uhr, in der Aula des Realgymnasiums, Neue Krug-Allee 7 (am Rathaus) JUGEND-FEIER. Festrede, Gesang, Rezitationen, Männerchor [illegible]. Eintrittskarten 1 M., für Jugendliche unter 18 J. [illegible] sind zu haben: In den Verkaufsstellen der Konsum-Genossenschaft, im Zigarrengeschäft Müller, Baumschulenstr. 14, sowie bei allen Mitgliedern.

Bekanntmachung.

In der Gemeinde Hoherlehme-Wildau, Kreis Teltow, ist die Stelle eines

Gemeinde-Vorstehers

sofort neu zu besetzen.

Pensionsfähiges Grundgehalt vorbehaltlich der Genehmigung des Kreisausschusses pro Jahr 4500 M. steigend in zweijährigen Zwischenräumen. Dazu vorläufig eine jährliche Wirtschaftsbeihilfe von 1500 M.

Geeignete Bewerber mit Kenntnissen in der Kommunalverwaltung, wollen sich umgehend unter Einreichung von Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis 15. April d. J. melden.

Kriegsbeschädigte Verwaltungsbeamte erhalten den Vorzug.

Die Bewerbungsschreiben sind mit der Aufschrift „Bewerbung" zu versehen und bei dem Unterzeichneten einzureichen.

Hoherlehme, den 28. März 1919.

Der Gemeinde-Vorsteher.
Haselof.

Spezial-Arzt f. Geschlechtsleiden. spez. veraltete, hartnäckige Harnröhren-Ausflüsse, Geschwüre, Ausschlag, Mundausbrüche, Manneschwäche. Gegen Syphilis eigene Heilmethode verbunden mit Salvarsan-Kuren. Urin- u. Blutuntersuchungen. Im ersten u. ältesten Kur-Institut. Dir. Löser senior. Nur Rosenthaler Straße [illegible] am Rosenthaler Platz. Röntgen-Laboratorium. Heil-Anstalt für elektr. u. med. Bäder. Behandlungszeit 9-1, 4-9, Sonnt. 9-1. Separater Damen-[illegible]

Geschlechtskranke verlangen im eigenen Interesse, um sich vor minderen Heilverfahren zu schützen, meine aufklärende Broschüre über Syphilis, [illegible] Blutuntersuchung usw., wirkungsvolle und bewährte Heilmethoden in verschlossenem Umschlag à 1 M. (auswärts 1,15 M.), ebenso in Sprechstunden erhältlich. — Weitere mündliche Auskunft [illegible]
Spezialarzt Dr. med. Karl Reinhardt, Berlin, Potsdamer Str. 117, an der Lützowstraße. Sprechstunden [illegible]
Warnung v. schwindelhaft, angeblicher Spezialärzte

Wanzen und Motten mit Brut werden radikal vernichtet
durch Wanzentod Pfeifferol in Flaschen zu 4,50 Mark, 3,— Mark und 1,75 Mark und Mottentod Pfeifferol (50 Pfennig), überall zu haben.
Herr Karl Schwabe, Drogerie, Perleberger Straße 25, schreibt: „Senden Sie mir wieder je ein Gros von den großen, je zwei Gros von den kleinen Packungen Wanzentod. Meine Kundschaft ist mit Ihrem Präparat außerordentlich zufrieden."

Kopf- und Haarwasser Pfeifferol gegen Ungeziefer für Kinder. Flasche 2,50 Mark und 1,50 Mark.
Parasiten-Liniment Pfeifferol gegen Ungeziefer. 2,50 Mk., 1,50 Mk.
Tricresol-Puder Pfeifferol gegen Flöhe. Dose 1,75 Mark.
Kinderpuder Pfeifferol, bestes Einstreumittel für Kinder.
Toilette-Haarwasser Pfeifferol gegen Kopfschuppen und Schinnen, ein ideales Haarpflegemittel. Flasche 2,50 Mark.
Apotheker Otto Pfeiffer & Piehler, N 65, Sch[illegible]